

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
I. Forschungshypothesen	1
II. Anmerkungen zur Methode und zu Prämissen.	7
III. Anmerkungen zur Terminologie.	8
Erster Teil: Die Begründung der Rechtspflicht als Desiderat	9
I. Das Problem des Rechtsbegriffs	9
1. Die Bedeutung von Definitionen	9
2. Zusammenhang von Staat und Recht	12
3. Das staatsabhängige Recht	14
4. Anationales Recht?	16
5. Das staatsabhängige Recht als Arbeitsdefinition	17
6. Verhältnis des gewählten Arbeitsbegriffs zum Stand der Theoriebildung	18
II. Juristische Geltung als Bewirkung der Verbindlichkeit des Normbefehls	19
1. Zur Vielfalt der Geltungsbegriffe	19
a) Zur faktischen Geltung	20
b) Zur juristischen und ethischen Geltung	21
2. Zum Verpflichtungscharakter juristisch geltenden Rechts	24
a) Die juristische Geltung einer Norm als Zugehörigkeitsurteil	25
b) Die juristische Geltung einer Norm als Aktualität eines Befehls.	29
aa) Die Aktualisierungswirkung des Geltungseintritts	29
bb) Die imperative Natur des Rechts	30
(1) Zu den Grundlagen der Imperativentheorie	30
(2) Imperativentheorie und „Erlaubnis“	32

(3) Erweiterung der Imperativentheorie auf „unvollständige Rechtsnormen“ – Die Aufgabe der Differenz von Rechtssatz und Rechtsnorm	33
(4) Imperativentheorie und „subjektive Rechte“	36
(5) Imperativentheorie und Rechtsinstitute	37
(6) Imperativentheorie und „Ermächtigungen“	38
c) Die juristische Geltung einer Norm als Verbindlichkeitsgrund	38
d) Legitimität des Staates als Verpflichtungsgrund?	44
e) Die Verbindlichkeit des Rechts qua Recht	52
3. Ergebnis	54
III. Die Rechtspflicht als „Moralpflicht“	55
1. Abgrenzung zur Rechtspositivismusdebatte	55
a) Die Begriffe „Moral“ und „Naturrecht“	55
b) Die Debatte um das Verhältnis von Recht und Moral	58
aa) Maßstäbe der Rechtsbegriffsdefinition	58
(1) Der ethische Maßstab	60
(2) Der Maßstab wissenschaftlich zweckmäßiger Begriffsdefinition	62
bb) Indifferenz einer moralischen Rechtspflichtbegründung gegenüber der Rechtspositivismusdebatte	71
(1) Nichtpositivismus und Verbindlichkeitsfrage	71
(2) Die Unverzichtbarkeit der Verbindlichkeit des Rechts auch für den Rechtspositivismus	72
(3) Normativität im Rechtsrealismus	78
(4) Der „interne Standpunkt“ als Ausweg aus dem Verbindlichkeitsproblem?	80
(5) Die Reine Rechtslehre als verpflichtungsfreie Theorie des Rechts?	86
(6) Verbindlichkeitsfreier Rechtsbegriff bei <i>Hoerster</i> ?	88
cc) Ergebnis	93
2. Offene Fragen um den moralischen Verpflichtungsbegriff	95
a) Natur und Wirkungsweise von „Pflicht“	95
aa) Sollen und kategorischer Imperativ	96
bb) Pflicht als Bereitstellung von Handlungsgründen	103
cc) Die Moralpflicht als autonome oder heteronome Verpflichtung?	105
dd) Normativität bei <i>Stemmer</i> ; die Kategorie unverbindlicher Befehle	107
(1) <i>Stemmers</i> Konzeption	107

(2) Der Begriff des unverbindlichen Befehls in der vorliegenden Studie.	108
(3) Verpflichtung bei <i>Stemmer</i>	109
b) Verhältnis von Sollen und Verpflichtung; prima facie- Verpflichtungen	110
aa) Vorrang der phänomenologischen vor der begrifflichen Ebene	111
bb) Das Konzept der prima-facie-Verpflichtung	113
cc) prima facie-Verpflichtung und moralische Begründung der Rechtspflicht.	114
c) Politische Verpflichtung: ein begriffsanalytisches Schein- problem?	115
d) Die Gerichtetheit von Verpflichtung.	118
e) Das Partikularitätsproblem	119
3. Die moralbasierten Ansätze zur Begründung der Rechtspflicht im Einzelnen.	124
a) Zur Motivation einer moralischen Rechtspflichtbegründung .	124
b) Institutionelle Verpflichtungen	127
c) Vertrags- bzw. Konsenstheorie	135
aa) Der Okkultismus vom Gesellschaftsvertrag	136
bb) Der nur „hypothetische“ Vertrag als gehaltvolles nicht- empirisches Vertragsmodell politischer Verpflichtung? . .	146
cc) Der Vertrag als Verpflichtungserzeugung ex nihilo? . . .	150
dd) Exkurs I: Nicht-legitimationstheoretische Deutung des Hobbes'schen Gesellschaftsvertrages	151
ee) Exkurs II: Die Vertragsmetapher als Anleitung erfolgreicher Herrschaft?	153
ff) Vertragstheorie und Partikularitätserfordernis	153
d) Utilitarismus	154
aa) Zum Scheitern des Handlungsutilitarismus als Rechts- pflichtbegründung.	155
bb) Zu den Aporien des Regelutilitarismus	157
cc) Die Angewiesenheit des Utilitarismus auf Naturrecht . .	158
e) Der Rechtsgehorsam als Gebot der Fairness?	158
aa) Defizite der Anwendung des Fairnessprinzips auf die politische Verpflichtung	158
bb) <i>Kloskos</i> Modifikation des Fairness-Ansatzes für nicht ausschließbare Güter	164
f) Verpflichtung zur Unterstützung gerechter Institutionen? . .	167
aa) Einwände hinsichtlich des Partikularitätserfordernisses .	169
bb) Die Weiterentwicklung des Ansatzes durch <i>Waldron</i> . . .	170
cc) Diskussion des Ansatzes von <i>Waldron</i>	172

g) Verpflichtung aus Dankbarkeit?	181
aa) Vorschläge zu Dankbarkeitspflichten auslösenden Tatbeständen.	181
bb) Vorschläge zur Konkretisierung des Inhalts einer Dankbarkeitspflicht.	184
cc) Stellungnahme.	184
h) Skeptische Ansätze.	188
aa) Ersetzung politischer Verpflichtung durch partiell legitime staatliche Befehlsgewalt: <i>Leslie Green</i>	188
bb) Ersetzung politischer Verpflichtung durch partiell legitime staatliche Befehlsgewalt: <i>Joseph Raz</i>	188
(1) Ausschluss einer allgemeinen moralbasierten Rechts- pflicht	189
(2) Rechtspflicht aus Respekt vor dem Recht?	191
(3) Das soziale Fundament des Rechtsgehorsams	192
(4) Bewertung.	196
i) Rechtspflicht als Kombinationspflicht?	199
aa) Der Ansatz multipler Prinzipien bei <i>Klosko</i>	199
bb) Bewertung des Ansatzes von <i>Klosko</i>	200
4. Zusammenfassung und Auswertung der Ergebnisse	202
a) Recht als Moralphlicht vs. Rechtspositivismus	202
b) Konzeptionelle Bedenken gegen eine moralische Rechts- pflichtbegründung	203
c) Rechtspflicht als prima facie-Verpflichtung?	204
d) Zur mangelnden Überzeugungskraft der moralbasierten Begründungsansätze.	205
5. Zu den Grundlagen einer extraterritorialen Geltungs- erstreckung von Rechtsordnungen	209
a) Zur Partikularität der einzelnen Begründungsansätze.	209
b) Eigene Weiterentwicklung der Ansätze von <i>Rawls</i> und <i>Waldron</i>	211
c) Kein moralbasierter Nachweis einer Partikularität der Rechtspflicht	215
IV. Ergebnisse und resultierende Forschungsfragen	216
1. Ergebnisse	216
2. Folgen des Scheiterns moralbasierter Konzepte	218
3. Resultierende Forschungsfragen.	221

Zweiter Teil: Geltungsgrund und reales Substrat	223
I. Zur Möglichkeit objektiven moralischen Sollens	223
1. Die Unverzichtbarkeit eines moralischen Realismus für die Ethik	224
2. Die Scheingefechte um den moralischen Realismus	224
3. Fazit	232
II. Die Grundnorm als Geltungsgrund	233
1. Grundgedanke	234
2. Der Erkenntnisgegenstand der „Reinen Rechtslehre“	238
a) Rechtsordnung als Zwangsordnung	238
b) Rechtsnorm als Sanktionsnorm und Rechtspflicht	241
c) Zurechnung der Sanktion zum „Staatswillen“ in den „Haupt- problemen“ als Erweis der Sanktionstheorie?	245
aa) Funktion des Staatswillens	246
(1) Fehlender Sollenscharakter der Sanktionsnorm	246
(2) <i>Kelsens</i> Begriff der Staatspflicht	248
(3) Staatswille als rechtssatzförmiger Identifikations- maßstab staatlichen Handelns	249
bb) Rechtspflicht und Sanktionsbewehrung	250
(1) Die Definition der Rechtspflicht in den „Haupt- problemen“	250
(2) Sanktionstheorie als der Hüter rechtswissenschaft- lichen Erkenntnisinteresses?	253
(3) Die Rechtspflicht als das Gesollte	256
cc) Bewertung	256
d) Ergebnis: Ablehnung der Sanktionstheorie	257
e) Bedeutung des Ergebnisses für das Partikularitätserfordernis	258
f) Inkurs: Grundnorm als Sanktionsnorm?	259
3. Wirksamkeit und Geltung	260
a) Die Wirksamkeit als hinreichende Bedingung der Geltung? .	262
b) Der Geltungseintritt einer verzögert wirksam werdenden Verfassungsordnung	265
c) Die Ersetzung der Kelsen'schen Geltungsbedingung der Wirksamkeit durch die der Aktualität der Befehlerteilung . .	268
d) Das verbleibende Prüfprogramm	276
4. Fiktionalität der Grundnorm	280
5. Die Ontologisierung der Grundnorm	286
a) Die Grundnorm als metaphysische Existenzbehauptung? . .	286
aa) Die Realismus-Antirealismus-Debatte	286

bb) Antirealismus in der Physik?	289
(1) Zur Quantenmechanik.	289
(2) Physikalische Theorien als Sprachgebilde	290
cc) Realismus als Plausibilitätserwägung	291
dd) Folge für die Grundnorm	292
b) Die Grundnorm als erkenntnisermöglichende Annahme? . .	294
aa) Die erkenntnisleitende Funktion der Grundnorm bei <i>Thienel</i>	295
(1) Das der Rechtswissenschaft gegebene Material	295
(2) Die Notwendigkeit einer normativen Deutung des Rechts	296
(3) Kritik	297
bb) Ergebnis	299
c) Die Grundnorm als Axiom?	303
aa) Naturwissenschaftliche Axiomatik	303
bb) Der „Wille“ als Objektivationsobjekt der Grundnorm . .	305
(1) Realpsychischer Wille des Normsetzers und objektive Geltung.	306
(2) Erfordernis eines Surrogats des realpsychischen Willens.	310
cc) Erfordernis einer Ontologisierung der Grundnorm. . . .	313
6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	314
a) Der Rechtsbegriff	314
b) Die Rechtsordnung als Normgeber	316
c) Die Qualität der Grundnorm.	316
d) Die Ontologisierung von Willen und Grundnorm	317
III. Eine Alternative zum Normnihilismus?	319
1. Zur Inadäquanz einer bloß sprachanalytischen Wahrheits- feststellung von Sollenssätzen	319
2. Nicht-psychischer Wille als Rechtsquelle?	322
a) Zum Umfang des Erklärungsanspruchs	322
b) Zur nicht-paradigmatischen Qualität eines reduktionisti- schen Erklärungsansatzes	324
c) Das Intentionalitätsproblem	325
aa) Definition von Intentionalität	325
bb) Das Problem	326
cc) Nicht-eliminative Lösungsansätze	328
dd) Der Funktionalismus	329
d) Die Gesellschaft als intentionales System?	334
e) Wo bleibt die Verbindlichkeit?	337

3. Der hypothetische Charakter der Konzeption und ihre Alternative	338
IV. Ergebnisse	338
1. Die Nichteignung der Moral zur Verbindlichkeitsbegründung .	338
2. Die Grundnorm als Ausweg aus der Geltungsaporie?	339
a) Zum Begriff „positives Recht“	339
b) Zum Verzicht auf die Wirksamkeitsbedingung	339
c) Die Fiktionalität der Grundnorm	340
3. Rekurs auf die Philosophie des Geistes?	341
4. Die Gesellschaft als intentionales System?	342
Ergebnisse der Studie.	343
I. Zur ersten Forschungshypothese.	343
II. Zur zweiten Forschungshypothese.	344
III. Weitere zentrale Ergebnisse der Studie	345
1. Die Bedeutungslosigkeit des Staates für den Rechtsbegriff. . . .	345
2. Das Partikularitätserfordernis: die personale Reichweite von Rechtsordnungen	345
3. Beseitigung der Geltungsaporie mit Hilfe der Philosophie des Geistes?	346
Schrifttumsverzeichnis.	347